

Protokoll bundesweites Treffen des ABSP, 9. Januar 2010, Hannover

Edgar Schu übernimmt die Moderation, Martina Dietze das Protokoll

Tagesordnung wie vorgeschlagen, ergänzt um den Punkt „Rentenbetrug“, beschlossen.

Entsprechend geänderte Tagesordnung:

1. Formalia
2. Rückblick auf die Aktivitäten des ABSP im vergangenen Jahr (Kurzreferat und Diskussion)
3. Rentenbetrug bei Hartz IV aufgrund falscher Einordnung
4. Widerstand der sozialen Bewegung gegen die Wirtschaftskrise (Kurzreferat und Diskussion)
5. Wir zahlen nicht für eure Krise. Weitere Aktivitäten des Bündnisses. Beteiligung des ABSP?
6. BVerfG-Urteil und Aktivitäten dazu
7. Weitere Kampagnen und Aktionen
8. Aktuelles

1. Begrüßung durch Edgar Schu und Joachim Peiler als Gastgeber.

Vorstellungsrunde der angereisten TeilnehmerInnen aus Berlin, Braunschweig, Dresden, Fürstenwalde, Gießen, Göttingen, Hannover, Oldenburg und Potsdam.

2. Eröffnung durch Kurzreferat (Edgar):

Die Kinderplattform (www.kinderarmut-durch-hartz4.de) stellte eine sehr zugespitzte Kampagne dar, die einen wichtigen Beitrag leisten konnte, damit ab dem 1. Juli 09 eine Mehrzahlung von 1/2 Mrd. Euro, 432 Euro pro Jahr und Kind, für die Kinder zwischen 6 und 13 Jahren auf das Konto der Eltern erzwungen wurde. Es war wichtig, dass durch die seit 2007 laufende Kinderarmutskampagne (www.erwerbslos.de) das Thema öffentlich breit diskutiert war. Aber die Kinderplattform seit Mai 2008 hat sich dann ausschließlich darauf konzentriert, dass die durch die Regierung nicht begründete Streichung des Wachstumsbedarfs für Kinder ab dem Schulalter und bei Jugendlichen zurück genommen werden müsse. Und dies ist überhaupt bisher die einzige erzwungene Regelsatzerhöhung seit Einführung von Hartz IV. Das gelang offensichtlich durch Beharrlichkeit und durch die Unterstützung von über 250 Gruppen, Organisationen und die Arbeit von vielen Einzelpersonen, obwohl die Gegenseite wie schon seit Jahrhunderten, ständig die Erwerbslosen diffamierte, sie würden Geld, das für ihre Kinder vorgesehen ist, nicht vollständig für diese nutzen, sondern sie würden es versaufen etc. Auf diese Weise zielt unser Gegner auf Sachleistungen für Kinder oder sogar Kürzungen statt Regelsatzerhöhung hin.

Als Nachfolgekampagne arbeitet auch die 500-Euro-Eckregelsatz-Plattform (www.500-euro-eckregelsatz.de) mit scharfen, zutreffenden und bisher gegenüber dem Bündnis nicht widersprochenen Vorwürfen: Jeder Eckregelsatz unter 500 Euro bedeute nicht nur starke gesellschaftliche Isolation, sondern auch Mangelernährung. Ebenso müsse ein Mindestlohn von 10 Euro (lohnsteuerfrei) eingeführt werden, um auch für Erwerbstätige das Existenzminimum zu gewährleisten. Edgar wirbt darum, dass ähnlich wie für die Kinderplattform vorher auch für diese Kampagne beharrlich weiter gearbeitet, Unterschriften gesammelt und in allen Organisationen, auch lokalen Gliederungen, für eine namentliche Unterstützung geworben werden sollte.

In der späteren Diskussion wird auch angesprochen, dass man keine Erhöhung des Eckregelsatzes auf 500 Euro fordern, sondern die Parole "Weg mit Hartz IV" in den Vordergrund stellen möchte.

Andere Stimmen sagten wiederum, dass eine Forderung von 500 Euro Eckregelsatz sehr fest dastehe und weniger leicht irritiert oder sogar in ihr Gegenteil verkehrt werden könne als eine allgemeine Forderung wie "Weg mit Hartz IV".

Es wird vorgeschlagen, sich mit Aktionen im Vorfeld der Urteilsverkündung zu den Regelsätzen durch das BVerfG auch vor ARGen zu beteiligen.

Mehr dazu siehe Punkt 6. "BVerfG-Urteil und Aktivitäten dazu".

Es wird positiv aufgenommen, dass sich auch innerhalb der großen Organisationen die ersten Gliederungen über die Bezirksebene hinaus der Plattform angeschlossen haben und sich also für 10 statt 7,50 Euro Mindestlohn ausgesprochen haben. Die Diskussion soll weiter verstärkt werden.

Zu der grundsätzlichen Fortführung der Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz wird ein Stimmungsbild erstellt: 17 Zustimmung, eine Enthaltung

Außerdem schlägt Edgar vor, gegen einen zusätzlichen wichtigen Teil der Repressionen in Hartz IV durch Stärkung der Kampagne für ein Sanktionsmoratorium vorzugehen.

Auch in diesem Punkt gibt es breite Zustimmung.

3. Rentenbetrug

Helga aus Hannover berichtet von besonderer Art von Rentenbetrug

Durch eigenes Erleben hat sie festgestellt, dass Tausende ALG-II-Bezieher durch Systemfehler der Argen im Rentenbezug betrogen werden.

Es wird in Tausenden von Fällen ein Bescheid verschickt, in dem steht, dass "Arbeitslosengeld II ohne Arbeitslosigkeit" (dies gilt nur für Ausnahmen) bezogen werde = pflichtversichert, das bedeutet weniger Geld und falsche Punktebewertung.

Richtig muss in den ausführlichen Rentenversicherungsverläufen für alle Bezieher (auch der 58er Regelung) stehen: "Arbeitslosengeld II mit Arbeitslosigkeit".

Alle waren sich einig, dass wir dieses Thema als ABSP spätestens im Herbst intensiver bearbeiten sollten.

Außerdem soll eine Darstellung auf der Homepage erscheinen. Dies soll in Absprache mit Helga aus Hannover stattfinden.

Ebenso soll das Thema bei der Tagung der KOS Ende Februar eingebracht werden.

4. Wirtschaftskrise

Kurzreferat (Edgar): Zwar schreiben unterschiedlichste Medien schon, dass die Krise schon bald überwunden und der Aufschwung kaum zu stoppen sei (z.B. die Financial Times Deutschland). Angesichts einer Kapazitätsauslastung der Industrie in Europa und USA von nur ca. 70 Prozent ist das aber unglaublich. Durch Rettungspakete für Banken sind die Staatshaushalte enorm belastet worden. Durch Konjunkturpakete wie Abwrackprämie und vor allem Kurzarbeit ist ein massiver, breiter Einbruch beim Arbeitsmarkt verzögert worden. Offensichtlich glauben die Arbeitgeber aufgrund der Abfederungen durch Konjunkturpakete etc. selber daran, dass die Krise bald überwunden sein werde. Außerdem sind gewisse Stillhalteabkommen zwischen Regierungsparteien und Industrie bekannt (Bundestagswahl 09, NRW-Wahl Mai 2010). Die Arbeitgeber haben auf jeden Fall bisher auf Massenentlassungen im ganz großen Stil verzichtet und bisher sogar eine Abnahme der Produktivität durch mangelnde Kapazitätsauslastung ohne Kapazitätsabbau in Kauf genommen.

Obwohl in der breiten Öffentlichkeit die Weltwirtschaftskrise kaum in ihrer tatsächlichen Bedeutung und Dimension thematisiert wird, sprechen alle Tatsachen dafür, dass enorm massive Konjunkturreinbrüche zu erwarten sind, Überkapazitäten und damit Arbeitsplätze abgebaut werden. Angesichts dessen ist es gut, dass es den Aufruf des Bündnis 31. Januar gibt, der die mindesten Forderungen formuliert, welche notwendig sind, damit für alle Menschen das Existenzminimum gewährleistet wird und Schritte dahin stattfinden, damit das Kapital für die Folgen der Krise aufkommt und sie nicht auf die Masse der Bevölkerung abwälzt. Es gibt die Homepage www.buendnis31januar.de

Nach kurzer anschließender Diskussion gab es Zustimmung und keine Gegenrede, dass das ABSP weiter in diesem Bündnis bleiben und sich weiter für Verbreiterung der Kampagne einsetzen sollte.

Weiterhin gibt es ein von Attac und anderen Organisationen veranstaltetes "Bankentribunal" (fiktives Gerichtsverfahren) in der Volksbühne Berlin.

5. Am 20. März sind, bisher in Stuttgart und NRW, Demonstrationen des Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise" geplant.

Die Anwesenden beschließen, dass das ABSP die Demos unterstützen und mit anderen dazu mobilisieren soll.

6. Da Peter Grottian leider nicht anwesend war, stellte Edgar wichtige Punkte des Konzeptpapiers vor:

Aktivitäten in Karlsruhe geplant, da BVG Kriterien vorlegen wird, unter welchen Bedingungen Regierung Regelsätze zu berechnen hat.

Z.B. Pressekonferenz und verschiedene Aktionen vor den Argen bundesweit und vor dem Gericht in Karlsruhe, unter anderem Eltern-Kind-Demo.

Bundesweit: Unterschiedliche Verschönerungsaktionen mit der Parole 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn.

Es soll eine bundesweite Aktion sein, die die Aufmerksamkeit der Presse nutzt.

Idee einer Teilnehmerin: Auch Offenen Brief an Reuters und DPA schicken und ins Internet stellen.

Außerdem soll die Zeit bis einen Tag vor dem 9.2. für die Verteilung von Überprüfungsanträgen genutzt werden.

Die Anwesenden beschließen, dass um den 9.2. vielfältige Aktivitäten entfaltet werden sollen.

7. Weitere Kampagnen und Aktionen

Edgar berichtet von der Kampagne gegen die Todesstrafe und für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal. Edgar wirbt für ein breites Bündnis von weiteren Stadträten etc. Entsprechende Info-Materialien liegen beim Treffen vor. Im Internet:

<http://www.die-soziale->

[bewegung.de/themen/international/petition_fuer_mumia_abu_jamal.html](http://www.die-soziale-bewegung.de/themen/international/petition_fuer_mumia_abu_jamal.html)

Ebenso liegt ein Informationsblatt vor, welches Informationen zu aktuellen, beginnenden Organisierungungen aus den Reihen der Kirche gegen den Afghanistankrieg gibt. Die Informationen finden sich im Internet:

Pastor Friedrich Scherrer: "Kirche sollte mehr gegen den Afghanistan-Krieg tun"

(<http://www.jungewelt.de/2009/12-29/039.php>)

bzw. (aus Sicht der Friedensbewegung):

»Gegen Afghanistan-Krieg sind neue Koalitionen nötig« (<http://www.jungewelt.de/2009/12-31/043.php>)

Die Anwesenden sind sich einig, dass diese Informationen ins Netzwerk des ABSP verbreitet werden sollen, damit sich weitere Menschen aus den Kirchen finden, die sich gegen den Krieg positionieren und zu dem bestehenden Bündnis dazustoßen.

8. Keine weiteren Infos zum Punkt Aktuelles

Alle Anwesenden bedanken sich bei den GastgeberInnen für die Organisation des Treffens und die Bewirtung.

Nächste Sitzung des ABSP am 27.02.10 in Magdeburg.